

# Suche nach einem geeigneten Deponiestandort nicht abbrechen

**Grüne: Müllverbrennung ist umweltpolitisch betrachtet ein Rückfall**

**Leipzig (r).** Das Vorpreschen des CDU-Landtagsabgeordneten Willi Heineking, die Suche nach einem Standort für eine Hausmülldeponie jetzt einzustellen und stattdessen gemeinsam mit anderen Landkreisen den Bau einer Müllverbrennungsanlagen (MVA) zu planen, wird von den Grünen als „wahlkampfbedingter Schnellschuß“ bezeichnet, der der Problemsituation in keiner Weise gerecht wird.

Auf einer gemeinsamen Sitzung von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion forderten die Grünen, der Landkreis dürfe nicht denselben Fehler wie Heineking begehen und ohne genaue Kenntnis der vom Bundesrat beschlossenen Technischen Anleitung (TA) Siedlungsabfall eine Festlegung auf die Müllverbrennung beschließen.

„Der Wortlaut des Bundesratsbeschlusses liegt weder dem Landkreis noch dem Niedersächsischen Umweltministerium vor“, berichtete Fraktionsvorsitzender Manfred Sanftleben. Die Option auf eine ebenfalls stark volumenreduzierende Vorbehandlung des Mülls durch die Kalte Rotte müsse aufrecht erhalten werden, forderte Sanftleben, auch wenn eine knappe Bundesratsmehrheit „unter dem Druck der Energiekonzerne der Vermeidung den Vorzug gibt und damit umweltpolitisch einen Rückfall verursacht.“

„Wir können die Suche nach einem geeigneten Deponiestandort nicht abbrechen, nur weil die potentiellen Flächen dafür sich im Wahlkreis des Landtagsabgeordneten Heineking befinden“, stellte Werner Frenz fest. Roswitha Nordhoff wies auf die lange Pla-

nungszeit auch für eine MVA hin. Der Widerstand gegen diese – wenn auch technisch verbesserten – „Dioxinschleudern“ werde nicht geringer sein als gegen eine Deponie, die für Verbrennungsrückstände schließlich außerdem noch gebraucht werde.

„Selbst wenn mehrere Landkreise sich für die Trägerschaft einer MVA zusammenschließen, werde der Landkreis die anteiligen Kosten dieser 450 bis 600 Millionen Mark teuren Anlage nicht verkraften“, folgerte Finanzausschußmitglied Renate Grundwald. „Die Zeche müssen nachher wieder die Bürgerinnen und Bürger zahlen, und zwar mit noch höheren Gebühren als sie jetzt geplant sind.“

Wie schon der „Grüne Punkt“ gefährdet zusätzlich die Müllverbrennung die ersten Ansätze im Bereich der Müllvermeidung und Wiederverwertung, resümierte Ulrike Kassube. Hier sollte der Landkreis seine Anstrengungen und Öffentlichkeitsarbeit verstärken, forderte die Abgeordnete. Ihrer Erfahrung nach gebe es immer noch zuviele Menschen, die mangels Informationen nicht wüßten, was in die Wertstoff- und Restmüllsäcke gehört.

1.3.93